

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/56. Jahrgang

August 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Kinder an die Front?

Niemand kommt mehr daran vorbei, sie flimmert über alle Bildschirme, tönt aus allen Lautsprechern und rauscht im Blätterwald: die Nachwuchskampagne der Bundeswehr. Wer die Spiele der Frauen-EM verfolgt hat, konnte sich den Fernsehspots, in denen sich sympathische und attraktive Spielerinnen in Fleck-tarn präsentierten, nur durch häufiges Bierholen und entsprechend ebenso häufige Toilettengänge entziehen.

Wie schon zwei Mal im letzten Jahrhundert sollen wir „kriegstüchtig“ werden, wieder gegen den alten Feind im Osten. Zwei Mal gings in die Hose, beim zweiten Mal noch viel übler als beim ersten Mal. Aber aller *guten* Dinge sind bekanntlich drei. Und diesmal ist angeblich alles völlig anders! Nicht allein, dass „wir“ dieses Mal die Guten sind, auf der richtigen Seite, in der Gemeinschaft der Guten, moralisch haushoch überlegen, nicht auf Welt-



herrschaft und Rohstoffvorkommen aus, sondern Verteidiger der Freiheit. In der *Financial Times* und im *Wall Street Journal* kann man es auch anders, ehrlicher, lesen, aber das ist weit weg.

„Unsere“ Bundeswehr ist kein stumpfsinniger Kommissbetrieb mehr, sie ist ein attraktiver, moderner, hipper Arbeitgeber mit moderner Technik, Kameradschaft, Karrierechancen und gaaanz viel

Spaß! Gebrüll, Schikane, Erniedrigungen, Sinnlosigkeit, Idioten, Nächte und Wochenenden Gammeln auf Wache oder Bereitschaft? Geschwätz alter Leute und Feindpropaganda!

Der nächste Krieg kommt unausweichlich, weil „der Russe“ einfach böse ist, aber dieser Krieg wird ein fröhliches Videospiel sein und mit dem *Joystick* geführt werden. Sterben müssen schlimmstenfalls die anderen. Die Bilder von zerfetzten Leichen in

Schützengräben, verwesende Leichenhaufen in Gruben, verbrannte Leichen, verstümmelte Überlebenden? So lange her, schon gar nicht mehr wahr! Geschichten aus den alten Büchern auf dem Wühltisch vom Verschenkemarkt. Für die blaue Tonne.

Absolut logisch und folgerichtig, was die Grundschule Kellmünz anbietet: „Kinderferienprogramm mit

Fortsetzung auf S. 2

Proteste im Gesundheitswesen	S. 2
Kurz und Gießen: Anträge der DKP im Parlament	S. 3
25. Todestag von Ria Deeg	S. 4 + 5
Rentenerhöhung und Miethaie	S. 6
Das Kriegsbündnis bereitet den Krieg vor und Atomkrieg – Gefahr steigt mit der Aufrüstung	S. 7

Ria Deeg – öffentliche Ehrung ist überfällig

Im Jahre 2007, zum 100. Geburtstag war es fast soweit, eine Straße nach der bekanntesten Gießener Widerstandskämpferin, Ria Deeg, zu benennen.

Ria war aber nicht nur Antifaschistin, sondern auch Kommunistin und die nach wie vor herrschende Staatsdoktrin des Antikommunismus setzte sich durch

und verhinderte die Straßenbenennung. Man fand einen vermeintlich eleganten Weg und änderte die örtlichen Regularien dahingehend, dass Straßen nur nach Menschen benannt werden können, die mindestens 20 Jahre tot sind. Im Jahr 2011 beantragte die Linke für Ria in der Plockstraße eine Bronzestatue im Rahmen des Projektes „Gießener

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1:
Kinder an die Front?

der Bundeswehr! Für Kinder von sechs bis 12 Jahre“, „Unkostenbeitrag 12 €“. Schnäppchen! Die lieben Kleinen können gar nicht früh genug lernen, wie viel Spaß das Ganze macht und wie süß es ist, sein Leben für Volk und Vaterland zu geben.

Leserrätsel: Wer errät, in welchem Bundesland die Grundschule Kellmünz liegt, darf am nächstgelegenen Bundeswehrstandort am Schnupperkurs teilnehmen: „Bergung und Transport Gefallener im dienstlich gelieferten Leichensack“.

Für Kommunisten gilt heute wie auch davor: Ohne uns!

Micha Drees



Das ist kein Witz: Kinderferienprogramm mit der Bundeswehr
Quelle:
kellmuenz.de

Fortsetzung von Seite 1:
Ria Deeg – öffentliche Ehrung ist überfällig

Köpfe“ aufzustellen. Dies wurde mit einem Initiativantrag von CDU/Grüne/FDP/FW, ein Konzept für sichtbare Ehrungen zu erarbeiten, abgelehnt. 2015 scheiterte der Antrag erneut und die rotgrüne Stadtregierung regte eine Kommission an, die ein Konzept zum Umgang mit den Gießener Repräsentanten des Widerstands erarbeiten soll.

Nunmehr, zum 25. Todestag von Ria, gibt es keine Ria-Deeg Straße, kein Konzept für sichtbare Ehrungen und auch kein Konzept zum Umgang mit den Gießener Repräsentanten des Widerstands.

Deutsche Realität in dem Land, in dem man den Begriff „Faschismus“ aus dem offiziellen Sprachgebrauch verdrängt und durch den Begriff „Nationalsozialismus“ ersetzt hat und Neofaschisten verharmlosend „Rechtspopulisten“ nennt. Der deutsche Faschismus war alles andere als sozialistisch, er war die Terrorherrschaft des Großkapitals auf dem Eroberungsfeldzug und

dem Vernichtungskrieg gegen den Sozialismus.

Die Erinnerung an Faschismus und Krieg verblasst, Zeitzeugen des Gießener Widerstandes gibt es schon lange keine mehr, die jungen Menschen von ihren Erfahrungen erzählen können. Umso wichtiger wäre es auf die bekannteste Vertreterin des Gießener antifaschistischen Widerstandes durch eine „sichtbare Ehrung“ aufmerksam zu machen.

Eine solche Ehrung wäre auch ein sichtbares Zeichen gegen den rassistischen Terror neofaschistischer Täter, die in kleinen Gruppen zuschlagen, aber hinter den Kulissen bestens untereinander vernetzt sind. Diese Netzwerke arbeiten nicht nur im Verborgenen, wichtiger Teil dessen sind öffentlich auftretende Faschisten, die mittlerweile in zahlreichen Parlamenten vertreten sind, häufig hinter der Flagge der AfD.

Dieter Bender

Siehe auch Seite 4 und 5.

Uniklinik: Reinigungspersonal wird hingehalten

Bereits im Januar protestierte das Reinigungspersonal am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) gegen den für sie gültigen schlechten Tarifvertrag. Sie sind bei einer Tochtergesellschaft des UKGM angestellt. Ihre Bezahlung ist niedriger als in allen anderen Bereichen, sie bekommen weder Weihnachtsgeld noch ein Hessenticket. Bei einer früheren Protestaktion vor dem Klinikeingang war ein Vertreter der Geschäftsleitung anwesend. Dieser sagte, er

hätte das Problem verstanden und versprach Verbesserungen. Inzwischen ist ein halbes Jahr vergangen, einen besseren Tarifvertrag gibt es immer noch nicht. Deswegen gab es jetzt wieder eine Aktion vor dem Klinikeingang, unterstützt von Beschäftigten aus anderen Bereichen des UKGM und den ver.di-Senioren.



Proteste auch beim Roten Kreuz

Etwa gleichzeitig gab es in einem anderen Bereich des Gesundheits-

wesens einen unerwarteten Warnstreik. Das Rettungsdienstpersonal

des Roten Kreuzes streikten dagegen, dass sie deutlich längere Arbeitszeiten und deutlich geringere Bezahlung haben als Beschäftigte mit ähnlicher Qualifikation in anderen Sparten. Während des zweitägigen Warnstreiks fiel kein Rettungseinsatz aus. Für die Einsätze wurden aber keine Transportscheine ausgefüllt, sodass das Unternehmen die Einsätze nicht abrechnen kann und einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden hat.





Gießens Bevölkerung im Griff der Eventisten – Anwohner, wehrt euch!

Wer glaubt, dass es in Gießen ausreichend ist, wenn die Event-Profit-Maschine die Wieseckau mit Strandbar, Bier- und Weinfesten, das Festivalgelände Schiffenberger Weg, den Schiffenberg und Lahnufer fest im Griff hat, sieht sich getäuscht. Neben diesen von Grünen und SPD besonders geförderten Orten, fühlt sich die CDU im Wahlkampfmodus jetzt bemüßigt, den Theaterpark für Remmidemmi freizugeben. Sie nutzt als Türöffner aus, dass der Grüne/SPD/Linke-Magistrat den Theaterpark zuvor für eine Nachtanzdemo frei-

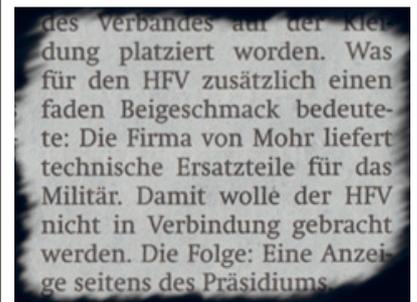
gegeben hat.

„Dem Image der Stadt als Kulturstadt tun diese Festivals ausgesprochen gut [...]“ betont eine Magistratssprecherin. Ein Eventmanager lügt in der Presse von leergekauften Supermärkten in der Umgebung und von ausgebuchten Hotels.

Lärm, zugeparkte Einfahrten, Schmutz und Abfälle sind die Folgen dieser Politik. Ohne dass sich die Bewohner und Kleingartenbesitzer zusammenschließen, wird sich daran auch nichts ändern.

Beispielhaft: Friedlicher Hessischer Fußballverband (HFV)

Der Hessische Fußball-Verband hat den Schiedsrichterobmann des Fußballkreises Wetzlar seines Amtes enthoben.



Fundsache in: Gießener Anzeiger, 14.7.2025

Aus dem Stadtparlament

Aus dem Antrag der DKP, dass die Stadtverordnetenversammlung beschließen möge, es solle eine detaillierte **Offenlegung aller bisherigen und geplanten Maßnahmen zur Einrichtung der Kita im Seltersweg**, einschließlich finanzieller Auswirkungen und zeitlicher Abläufe vorgelegt werden, wurde ein Berichtsantrag, der einstimmig angenommen wurde.

Der Antrag der DKP, den **Verkauf von Lachgas an Minderjährige zu verbieten**, wurde erst zu einem Prüfantrag und dann als ein Antrag der Koalition mehrheitlich beschlossen.

Die **Erweiterung der Firma Bieber + Marburg durch Rodung von vier Hektar Wald** wurde mehrheitlich beschlossen. Martina Lennartz (DKP) stimmte dagegen und stellte fest, dass die Ziele der Koalition ad ab-

surdum geführt werden: Gießen plant einen Hitzeaktionsplan, Gießen will bis 2035 klimaneutral werden. Im Klimaschutz und Energiebericht 2024 steht, man arbeite an der Weiterentwicklung des Naturschutzes und an der Weiterentwicklung der Flächennutzung, dazu gehört Verhindern von weiteren Versiegelungen.

Jetzt will die Stadt aber 10.000 Bäume fällen!

Die Stadt Gießen hat **Widerspruch gegen die ermittelte Bevölkerungszahl aus dem Zensus 2022** eingelegt. OB Becher betonte, es gehe um 90 Mio. Euro. Die Frage, woher die Abweichungen stammen, wurde nicht gestellt. Abweichungen sieht die DKP auch am Beispiel des Leerstands: Laut Zensus soll der ziemlich hoch sein, aber der Magistrat hält das für übertrieben bis nicht vorhanden.



Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de Internet: www.giessen.dkp.de

25. Todestag von Ria Deeg, Kommunistin

Wir fordern immer noch eine Stele in der Plockstraße.

Ria Deeg (geb. 2. Oktober 1907, gest. 13. August 2000) war eine über die Grenzen Gießens hinaus bekannte Antifaschistin, Kommunistin und Trägerin der goldenen Ehrennadel. Seit 2015 gilt in Gießen, dass Ehrungen nur 20 Jahre nach dem Tod einer Person (vorher zehn Jahre) vorgenommen werden dürfen. Selbst am 20. Todestag verwehrte man ihr im Stadtparlament die von Martina Lennartz (damals Gießener Linke) beantragte angemessene Ehrung. Wir bleiben dran! Auch zum 25. Todestag fordern wir wieder eine angemessene Ehrung in Form einer Stele in der Plock-

straße. Ria wäre die erste und einzige Person aus dem Widerstand gegen den Faschismus, denn bisher wurden ausschließlich Opfer der Faschisten geehrt. Ria war beides, sie leistete aktiven Widerstand und wurde deshalb auch verhaftet. Sie war aktiv im Wiederaufbau nach 1945, unermüdliche Zeitzeugin, als Friedenskämpferin, tief verankert in der Gießener Zivilgesellschaft ihrer Zeit bei hoher Akzeptanz ihrer Person über alle Parteigrenzen hinweg.

Folgend erinnern sich Genossen, Freunde, Familie und Weggefährten an sie:

Oberbürgermeister Mutz (SPD) überreicht Ria Deeg 1987 die Goldene Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen



Ria Deeg mit Kampfgefährten



„Nun bin ich 86 Jahre alt und habe mein Leben lang für Frieden und Sozialismus gekämpft. Ich bereue nicht einen Tag. Das sozialistische Lager ist zusammengebrochen, Fehler wurden gemacht. Aber das soll uns nicht entmutigen. Karl Marx ist nicht tot, seine Idee lebt, und es gilt immer noch, und heute mehr denn je, für eine bessere Welt zu kämpfen – gegen Kapitalismus und Krieg. Leider ist das Gedächtnis der Menschen sehr kurz.“

Ria Deeg, 1993

Ria war immer optimistisch, klar, bescheiden und gradlinig. Für sie war es selbstverständlich, dass wir zusammen für den Sozialismus kämpfen. Ich hatte einen un-

Vor 100 Jahren trat Ria in die SPD und die Gewerkschaft ein. 1932 trat sie der KPD bei. Ihr Leben lang blieb sie Kommunistin und Gewerkschafterin. Ria gehörte zu den stillen, aber wichtigen Widerstandskämpferinnen gegen den Hitler-Faschismus. Sie verteilte Flugblätter und Zeitungen, schrieb Flugblätter, hielt Verbindungen zu anderen Widerstandskämpfern. Mit drei kleinen Kindern erlebte sie die Befreiung. Ria war eine der Gründerinnen der hessischen VVN.

Von Ria und Walter bleibt mir in Erinnerung, dass sie die ersten Personen waren, von denen ich in einer öffentlichen Veranstaltung die Aussage hörte: "Ich bin Kommunist". Die DKP gab es noch nicht, Kommunisten wurden vom Staat verfolgt. Bei Aktionen der

Friedensbewegung wurde manchmal gemunkelt, der und der oder die und die seien Kommunisten. Dass sich jemand öffentlich zum Kommunismus bekannte, war für mich sehr eindrucksvoll.

Gernot Linhart

Wenn ich Ria traf – und auch Walter – wusste ich, dass ich mich gut zu benehmen hatte. Aufrecht dazusitzen, keine blöden Witze, nicht so viel quasseln, zuhören. Ich habe von ihr gelernt, die Gegen-

wart in das, was sie erfahren und geleistet hat, einzuordnen und es als Auftrag für die Zukunft zu verstehen. Danke!

Georg Fülberth

Als Marburger Student und junges Mitglied der VVN-BdA habe ich Ria Deeg häufig erlebt, wie sie in ihrer Lebendigkeit und Prinzipienfestigkeit über antifaschistischen Widerstand in Gießen, aber auch über aktuelle Themen gesprochen hat. Von ihr und Cilly Schäfer in Marburg lernte ich praktisch, welche großartige Rolle Frauen im antifaschistischen Kampf gespielt haben, eine Perspektive, die

sich auch in unserer eigenen Geschichtsdarstellung durchsetzen musste. Und sie hat gezeigt, dass sie sich nicht als „Heldin“ gefühlt hat, sondern als Teil einer kollektiven organisierenden und organisierten Kraft. Diese Lehre gilt bis heute.

Dr. Ulrich Schneider
Historiker, seit 50 Jahren
in der VVN-BdA aktiv

An Ria Deeg bewundern wir ihren klaren Klassenstandpunkt und ihren konsequenten Einsatz für die Arbeiterklasse. Als Kommunistin stellte sie sich dem Faschismus mutig entgegen und kämpfte gegen Krieg, Ausbeutung und kapitalistische Unterdrückung. Ihr

Wirken war geprägt vom Einsatz für Frieden und eine sozialistische Zukunft. Unser Auftrag ist es, ihr Erbe im Kampf für eine Welt ohne Krieg und Ausbeutung fortzuführen.

Antifaschistische Revolutionäre
Aktion Gießen (ARAG)

Kommunistin und Widerstandskämpferin Verdienteste Ehrung in unserer Stadt



Ria gehörte zu den Menschen, für die politischer Anspruch und gelebte Realität stets untrennbar zusammengehörten. Das unreflek-

tierte Nachbeten hohler Phrasen war ihr stets zuwider.

Ulf Immelt

Ria sagte stets, was sie meinte und stand zu dem, was sie sagte - immer mit einem Lächeln, als hät-

te sie schon die zukünftige sozialistische Gesellschaft vor Augen.

Mario Berger

Was ich von Ria bestimmt gelernt habe, sind Gelassenheit und die Notwendigkeit zusammenzuhalten. Gleichzeitig sich keine Illusionen über diesen bluttriefenden

Imperialismus zu machen. Das Schmierentheater des bürgerlichen Parlamentarismus nie mit Demokratie zu verwechseln.

Henning Mächerle

Ria hat immer wieder daran erinnert, wenn wir etwas verstehen wollen, dann müssen wir immer wieder fragen: Wem nutzt das?

Oder *cui bono*, wie es im alten Rom hieß. Das gilt natürlich auch und gerade heute.

Harald Römer

Ria hat den Schwur von Buchenwald gelebt. Deshalb war es ihr immer sehr wichtig, gerade mit jüngeren Menschen über die Gefahren des Faschismus zu spre-

chen. Mich hat sie überzeugt und ich bin 1973 in die VVN-BdA eingetreten.

Ute Bender

Tradition bewahren heißt nicht, Asche aufheben, sondern eine Flamme am Brennen zu halten!

Jean Jaurès

aus "Signale aus der Zelle"

Broschüre „Signale aus der Zelle“

Die Ausgabe von 2020 enthält Rias Bericht über ihren antifaschistischen Widerstand, zahlreiche Würdigungen und weitere Texte. Diese Ausgabe soll zusätzlich die Diskussion um die Aufstellung einer Stele zur Ehrung von Ria an prominenter Stelle befeuern.



Ria Deeg – Signale aus der Zelle;
November 2020;
60 Seiten.
Hrsg.: DKP Gießen und VVN-BdA Gießen.
Preis: 5,- Euro zzgl. Versand; Bestellung per Email:
giessen@dkp.de

gläubigen Respekt vor ihrem Kampf und Mut im Widerstand niemals aufzugeben. Sie ist für mich ein großes Vorbild.

Martina Lennartz

Danke Ria für Dein Engagement. Dein Leben und Dein Wirken in Erinnerung zu behalten, ist uns wichtig. Gerade jetzt! Bei ihrer letzten Rede 1956 in der Gießener Stadtverordnetenversammlung begründete sie den Antrag der KPD „gegen die Erfassung der Wehrpflicht“. Also: nicht nur Erinnerung, sondern Vorbild. Wer stellt einen solchen Antrag in der nächsten Gießener Stadtverordnetenversammlung? Es ist an der Zeit...

Norbert Birkwald, VVN-BdA Hessen

Rentenerhöhung – nichts Gutes für Grundsicherungsempfänger

Jedes Jahr im Juli passiert das Gleiche: Rentenempfänger bekommen etwas mehr Rente überwiesen. Wer aber zusätzlich zu seiner niedrigen Rente auf Grundsicherung angewiesen ist, bekommt unangenehme Post. Er wird vom Sozialamt angewiesen, seinen neuen Rentenbescheid und alle Kontoauszüge der letzten drei Monate einzureichen. Die Behörde will wohl nachprüfen,

ob die Empfänger ihr Geld für Luxusgüter oder ähnliches ausgeben. Die Betroffenen haben Jahr für Jahr ein Problem: Die Unterlagen sollen bis Mitte des Monats eingereicht werden. Jeder Rentner weiß aber, dass die Rentenbescheide erst in der zweiten Monatshälfte eintreffen. Die Post vom Amt ist immer mit der Drohung verbunden, bei Fristversäumnis könnten die Zahlungen eingestellt werden. Für die Betroffenen bedeutet das Stress. Wer vor der Altersrente eine Erwerbsminderungsrente bezogen hat, bekommt oft einen zusätzlichen geringen Betrag nach einem „Erwerbsminderungsbestandsrentenverbesserungsauszahlungsgesetz“.

für diese Zahlung werden unabhängig von den Rentenbescheiden verschickt und müssen natürlich auch rechtzeitig eingereicht werden. Der Zusatzbetrag wird, genau wie die Rentenerhöhung, von der Grundsicherung abgezogen. Der Aufwand für die Betroffenen und die Behörden ist völlig unnötig. Die Rentenerhöhung ist prozentual für alle gleich und allgemein bekannt. Die Sozialbehörden könnten die Erhöhung automatisch berücksichtigen.

In diesem Jahr erhielten Zahlungsempfänger außerdem noch einen dreiseitigen Fragebogen. Alles, was da abgefragt wird, ist den Behörden längst bekannt. Möglicherweise soll überprüft werden, ob irgendwelche Antworten von früheren Angaben abweichen, um dann evtl. Sanktionen zu verhängen.

In Kürze sind Verbesserungen bei der Mütterrente geplant. Wer Grundsicherung bezieht, hat natürlich auch nichts davon, die Erhöhung wird vom bisherigen Auszahlungsbetrag abgezogen.

Gernot Linhart



Ironie macht sich breit

Die Bescheide

Miethaie dürfen alles

Vor einigen Jahren hing an einem Haus am Nahrungsberg mehrere Monate ein großes Transparent mit der Aufschrift „Wir wollen hier wohnen bleiben“. Das Haus war von einem der berühmten Gießener Investoren gekauft worden. Deren Geschäftsmodell ist, Häuser mit großen Wohnungen zu kaufen und den Altmietern zu kündigen. Die Wohnungen werden zu mehreren Mini-Appartements umgebaut, die dann möbliert sehr teuer vermietet werden. Die Einnahmen erhöhen sich dadurch um ein Vielfaches. Bis auf eine Mieterin ließen sich alle Bewohner vertreiben. Sie beharrte auf ihrem Mietvertrag. Allerdings ließ sie sich dazu überreden, für die Zeit einer Renovierung in eine Ersatzwohnung zu ziehen. Trotz des gültigen Mietvertrages begann der Investor einen Umbau und vermietete die neu entstandenen Appartements. Die Mieterin klagte dagegen und bekam in mehreren Prozessen

recht. Der Investor wurde zum Rückbau der Wohnung und Übergabe an die rechtmäßige Mieterin verurteilt. Dem Investor waren aber alle Urteile egal. Er sperrte die Mieterin aus und hinderte sie mit Security-Männern am Betreten des Hauses. Solch ein Vertragsbruch müsste ein Straftatbestand sein, aber anscheinend gibt es kein Gesetz, das so ein Verhalten verbietet. Nach mehreren Prozessen gab die Mieterin dann doch nach. Sie hatte wohl keine Kraft mehr für weitere Gerichtsverfahren. Sie erhielt zwar eine finanzielle Entschädigung. Die kann der Investor aber mit den hohen Mieteinnahmen

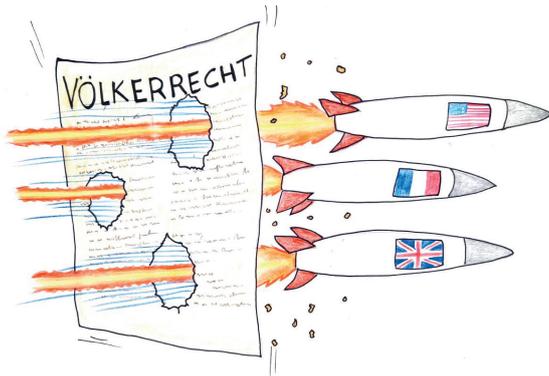


leicht bezahlen und mit der gleichen Methode weitermachen.

Gernot Linhart

Das Kriegsbündnis bereitet den Krieg vor

Im Juli traf sich das Kriegsbündnis NATO (Gründung 1949) zum 33. Mal. Dieses Treffen wird in die Geschichte eingehen. Die 31 Mitglieder dieser imperialistischen Mörderbande vereinbarten die umfassendste Aufrüstung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Zahlen sind gigantisch. Statt bisher zwei wollen sie spätestens in zehn Jahren fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Kriegszwecke ausgeben:



Statt 1,5 Billionen Dollar im Jahr 2024 würde die NATO dann 2,8 Billionen Dollar für militärische Zwecke ausgeben. Aktuell tragen die USA 66% des NATO-Gesamtbudgets. Bei all der Aufrüstung stellt sich die Frage: wozu eigentlich? China und Russland können es nicht sein, die geben heute schon deutlich weniger Geld für Rüstung aus als die NATO-Staaten. Das Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt für 2024 die Militärausgaben von Russland auf ca. 149 (7,9% BIP), für China auf ca. 314 Mrd. US \$ (1,7% BIP). Der offizielle Grund war der Druck der USA, dass die anderen NATO-Mitglieder sich stärker an den Rüstungsausgaben beteiligen sollen. Aus Sicht der USA ist diese Position verständlich. Nach dem Motto: Wenn

wir schon die Drecksarbeit für die anderen machen, dann sollen sie dafür zahlen. Die USA und die BRD bezahlen auch den Völkermord in GAZA.

Interessanterweise ist in der Abschlusserklärung keine Rede mehr von einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Der weltweite Kapitalismus ist schon seit Jahrzehnten in einer Überproduktionskrise. Der Versuch, die Profite hauptsächlich an der Börse zu machen, ist mit der Finanzkrise 2008 zerplatzt. Die Aufrüstung ist der Versuch, die Dominanz des Westens militärisch zu sichern und den Fall der Profite durch Rüstungskeynesianismus abzuschwächen. All das geht zu Lasten der Bevölkerung. Und wenn die Leute nicht beginnen, sich zu wehren, verlieren sie nicht nur den Sozialstaat, sondern liegen am Ende alle im Schützengraben.

Henning Mächerle

Atomkrieg – die Gefahr steigt mit der Aufrüstung

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Gefahr eines Atomkriegs den meisten Menschen sehr bewusst. Die Bilder von Hiroshima und Nagasaki waren noch frisch im Gedächtnis, jeden Tag starben dort noch Menschen an den Spätfolgen. Atomwaffen wurden weiterentwickelt und getestet, in manchen Jahren stieg fast wöchentlich irgendwo auf einem Testgelände ein Atompilz in die Höhe. Auf der ganzen Erde fiel der radioaktive *Fallout* vom Himmel. Jeder Mensch auf der Erde hatte Strontium 90 in den Knochen. Die langlebigen Radionuklide markieren für Archäologen den Beginn eines neuen Zeitalters.

Auf allen Kontinenten gab es starken Widerstand gegen die atomare Aufrüstung, in der Bundesrepublik Deutschland war es die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, der Ostermarsch und später der „Krefelder Appell“. Die Friedensbewegung hatte einen starken Verbündeten – die sozialis-

tischen Länder. So gelang es nach und nach, die Gefahr zu verringern. Zunächst wurden oberirdische nukleare Explosionen verboten, später alle. Es gab den Atomwaffensperrvertrag und immer mehr Verträge zur Begrenzung der Zahl der Bomben und Trägersysteme. Alles schien besser zu werden – bis zum Zerfall der Sowjetunion und ihres Bündnissystems. Die Verträge zur Rüstungsbegrenzung und -kontrolle laufen langsam aus oder werden von den USA einseitig gekündigt. An neuen Verträgen besteht aufsei-

ten der NATO kein Interesse. Immer „bessere“ Nuklearwaffen werden konstruiert, ein Atomkrieg soll mit möglichst wenig eigenen Verlusten führbar gemacht werden. US-Präsident Trump verkündete ernsthaft, eine Waffe, für die so viel Geld ausgegeben wurde, müsste doch auch mal eingesetzt werden. Die Gefahr eines Atomkriegs, ob aus Absicht oder aus Versehen, ist so groß wie lange nicht mehr. Das Bewusstsein für die Gefahr aber ist gering. Die 80. Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki fordern uns dazu heraus, das Bewusstsein und die politische Bewegung zu stärken.

Gernot Linhart



Quelle: Meinungsforschungsinstitut Kantar, 2. Juli 2025

Hiroshima und Nagasaki mahnen:

Mi. 6.8.

um 17:30 Uhr,
Hiroshima-Platz
(Katharinengasse)

Sa. 9.8.

um 10:45 Uhr,
Hiroshimaplatz



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 5.8. um 19 Uhr:

Die Atombombe – Wo kommt sie her, wie wirkt sie und wie kann man sie verhindern? – Vortrag mit anschließender Diskussion mit Gernot Linhart, Büchergilde, Wetzsteinstr. 4, Gießen

Mi. 6.8. um 17:30 Uhr:

Mahnwache – Atombombenabwurf vor 80 Jahren auf Hiroshima, Hiroshimaplatz (Katharinengasse)

Do. 7.8. um 19 Uhr:

Treffen der Wahlliste zur Kommunalwahl 2026, Alte Uni-Bibliothek, Bismarckstr. 37

Sa. 9.8. ab 10:45 Uhr:

Demonstration – Atombombenabwurf vor 80 Jahren auf Nagasaki, Die-In, Hiroshimaplatz

Mi. 13.8. ab 16 Uhr:

Kundgebung zum 25. Todestag von Ria Deeg, Plockstr.

Sa. 16.8. ab 15 Uhr:

Sommerfest DKP Gießen, Grillhütte Kernberg, Buseck

Mit den Roten im Grünen feiern
Sommerfest der DKP Gießen

KULTUR
Livemusik von Niklas

WORKSHOPS

FEIERN

WANN UND WO
am 16.08.2025 ab 15 Uhr
Grillhütte Kernberg, Großen Buseck

Di. 19.8. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Mi. 27.8.:

Redaktionsschluss Sep.-Echo

Fr. 29.8. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 6.9. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** war das Uniklinikum noch im Besitz des Landes Hessen. Große Probleme gab es damals schon. Die Landesregierung aus SPD und FDP verfügte landesweit eine unbegrenzte Stellenbesetzungssperre. So eine Sperre macht sich vor allem dort bemerkbar, wo die Personalfuktuation hoch ist – also in den Bereichen mit hoher Arbeitsbelastung. Wegen Personalmangel mussten in den Kliniken mehrere Abteilungen geschlossen werden.



Vor **40 Jahren** deckte der Betriebsrat der Maschinenfabrik Heyligenstedt mehrere Gesetzesverstöße im Zusammenhang mit dem Verkauf der Firma an die südkoreanische Mun-Sekte auf. Vor allem Informationspflichten gegenüber dem Betriebsrat wurden missachtet. Die Belegschaft bezahlte den Verkauf mit Verkürzungen der Akkordzeiten und nicht allzu lange später mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze.



Vor **30 Jahren** erhöhten die Stadtwerke den Wasserpreis zum dritten Mal innerhalb von vier Jahren. Das Trinkwasser wurde innerhalb dieser Zeitspanne um 60% teurer. Ein paar

Jahre später wurde der hohe Preis vom Bundeskartellamt als zu hoch beanstandet. Die Kunden erhielten aber kein Geld zurück. Nach jahrzehntelangem Rechtsstreit wurden die zu viel bezahlten Beträge mit dem angeblichen Verzicht auf weitere Preiserhöhungen verrechnet.



Vor **20 Jahren** wurde der Gießen-Pass vom CDU-Magistrat weiter entwertet. Ursprünglich gab es mal Ermäßigungen bis zu 70%. Die Vergünstigungen wurden 2002 auf 50% gekürzt. Die neuen Regelungen sahen nur noch Nachlässe von etwa 30% vor.



Vor **10 Jahren** wiesen die Stadtwerke in ihrem Geschäftsbericht einen Gewinn von 6,8 Mio. Euro aus. 2,5 Mio. Euro wurden an die Stadtkasse abgeführt, der Rest wanderte in die Rücklagen. Inzwischen ist der Gewinn auf über 17 Mio. Euro gestiegen. Die DKP kritisiert die Profitorientierung. Aufgabe der Stadtwerke sollte es sein, die Bürger möglichst günstig mit ihren Produkten und Dienstleistungen zu versorgen. Jeder Euro Gewinn wurde von den Kunden zu viel bezahlt.

„Wer kämpft, kann verlieren.
Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ (Bertolt Brecht)



Martina Lennartz
* 1.8.1965
zum 60. Geburtstag



Liebe Martina, jetzt zählst Du 60 Lenze. Älterwerden ist nichts für Weicheier. Aber ein Weichei bist Du nie gewesen.

Gerade in den heutigen Zeiten des deutschen Militarismus ist Dein unermüdliches Engagement notwendiger denn je. Für die DKP Gießen bist Du eine wichtige Organisatorin und motivierst viele Leute durch dein Vorbild.

In den Zeiten des Generationenwechsels im Gießener Echo hast Du Verantwortung übernommen und die Weiterexistenz durch Deine Arbeit ermöglicht und gesichert. Deine Arbeit im Stadtparlament hat der DKP in Gießen ein Gesicht gegeben. Du bist ein Stachel im Fleisch der Herrschenden.



Gratulation von Deinen Gießener Genossinnen und Genossen! Wir wünschen Dir Gesundheit und weiterhin genügend Kraft für Deine unzähligen Projekte.

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****